

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

Green New Deal – Sackgasse und sonst nichts?¹

1 Dreimal Green New Deal

Angesichts der Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und ökologischer Krise gewinnen Reformansätze mit dem Anspruch, beide Krisen integriert zu beantworten, zunehmende Beachtung. Am deutlichsten kommt dies in der Forderung nach einem New Green Deal zum Ausdruck, wie ihn nicht nur die Partei DIE GRÜNEN, sondern auch UN-Institutionen, NGOs und eine zunehmende Zahl von Ökonomen und Umweltforschern propagieren. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien zu erreichen. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum sei gleichzeitig ökologischer Fortschritt, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde.

Die sprachliche Anlehnung an das historische Vorbild des New Deal verleiht dem Green New Deal den Spirit von intelligenter Transformation und Machbarkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Der New Deal, der von Präsident Roosevelt in den 30er Jahren begonnen wurde und sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges weiterentwickelte, bestand einerseits in einem staatlichen Investitionsprogramm in Infrastruktur, etwa Eisenbahnen und Bildung. Andererseits wurden Forderungen der Arbeiterbewegung nach Schutzrechten, würdigeren Löhnen und sozialer Sicherung vom Staat umgesetzt bzw. institutionell abgesichert. Der Deal bestand also in einer Wachstumskoalition zwischen Kapitaleignern und Lohnabhängigen: Es gab staatlich gestützt neue Aufträge für gesellschaftlich sinnvolle Produkte, von denen alle profitierten. Dieser Deal wurde möglich durch einen Eingriff des Staates in die Wirtschaft nach den Ideen von Keynes (Investitionen, institutionelle Sicherungen bei Löhnen, Altersversorgung etc). In der Retrospektive lässt sich feststellen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem erst

mit diesem neuen „Gesellschaftsvertrag“, dem New Deal, aus seinen strukturellen Problemen der Kapitalverwertung, ausgedrückt in der tiefen Depression Anfang der 30er Jahre, herauskommen konnte.

Der „New Green Deal“ oder „neue Gesellschaftsvertrag“ (Wuppertal Institut) möchte diesen welthistorischen Vorgang der Transformation der kapitalistischen Wirtschaft aktualisieren. Green New Deal ist jedoch nicht gleich Green New Deal. Gemein ist allen Ansätzen das Setzen auf einen neuen grünen Innovationszyklus. Die grüne industrielle Revolution soll durch direkte staatliche Investitionen in ökologische Infrastruktur einerseits sowie durch die Schaffung eines günstigen Rahmens für das Wachstum des Markts an „grünen“ Produkten und Dienstleistungen andererseits auf den Weg gebracht werden. Ganz unterschiedlich wird jedoch die soziale Seite des Deals sowie die Wachstumsfrage konzipiert. Hier lassen sich drei Ansätze unterscheiden.

Green New Deal mit Wachstum (GND+W)

Im „New Green Deal“ der Grünen, der Heinrich-Böll-Stiftung² u.a. besteht der Deal in der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und dem dazugehörigen Empowerment der Arbeitnehmer, die aus den Alt-Industrien herausgedrängt sind oder es noch werden. Durch Erhöhung der Bildungsausgaben und -chancen sollen die von Ausschließung Bedrohten wieder in die (Arbeits-)Gesellschaft hereingenommen werden. Dies ist gleichzeitig funktional notwendig, denn die neuen grünen Arbeitsplätze erfordern ungemein höhere Qualifikationen als die alten massenindustriellen Fertigungslinien. Die soziale Frage als Verteilungsfrage hingegen gilt als weitgehend gelöst, eben durch den historisch längst vollzogenen New Deal. Daher ist auch die Strategie der Induktion eines grünen Marktes durch Bepreisung von als schädlich angesehenen Umweltnutzungen wie etwa CO₂-Emissionen, Ver-

¹ Eine Stellungnahme im Rahmen der Debatten zur sozia-ökologischen Transformation im Rat für Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS in Kooperation mit dem Gesprächskreis Nachhaltigkeit.

² Heinrich-Böll-Stiftung 09 (Hg.): Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen. Berlin. www.boell.de

schmutzungen verschiedener Umweltmedien, Rohstoffverbräuchen etc integraler Bestandteil dieser Variante. Der durch die Einpreisung von Umweltgütern zu erwartende und gewollte Anstieg der Preise für Wohnen, Mobilität und viele andere Konsumgüter wird nicht als soziales Problem, etwa als Verschärfung sozialer Ungleichheit gesehen. Da alle Arbeit bekommen werden, kann auch jeder mit den höheren Preisen leben. Zudem reifen durch den Innovationsschub günstigere umweltschonende Alternativen heran.

Sozialer Green New Deal mit Wachstum (SGND+W)

Der „sozial-ökologische New Deal“³ oder „Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz“⁴, wie ihn etwa die Linkspartei fordert, basiert ebenso auf dem Mix von staatlichen Investitionen einerseits und der staatlichen Anregung von privaten grünen Investitionen andererseits. Diese Investitionen sollen jedoch durch „regulatorische Vorgaben“, also ordnungsrechtliche Gebote und Verbote über zulässige Techniken und Grenzwerte angestoßen werden⁵. Der zweite Unterschied besteht in der Rolle von Umverteilung von Arbeit und Einkommen, etwa der 30-Stunden-Woche als Normalvollarbeitszeit bei Lohnausgleich, einer hohen sozialen Sicherung, Mindestlöhnen etc. Die Umverteilung löst gleichzeitig den Knoten im Investitionsstau, da die bisher schwache Binnennachfrage angeregt wird. Finanziert werden soll dies durch höhere Steuern für Wohlhabende und Unternehmen. Damit ähnelt sich das Soziale dieses Deals stark dem historischen Vorläufer. Auch im New Deal wurden Steuern erhöht, um Investitionen zu finanzieren. Auch im New Deal trugen höhere Löhne zur Steigerung der Binnennachfrage bei. Das Soziale des Deals wird hier also ganz anders gedacht, sowohl normativ als auch funktional. Es ist ein sozialer Green New Deal. Gemeinsam ist dem New Green Deal der Grünen und dem Sozialen New Green Deal der Linken allerdings die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum als Löser von Wirtschaftskrise und ökologischer Krise.

Sozialer Green New Deal ohne Wachstum (SGND-W)

Eine dritte Variante wird in der neuen Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ dargelegt. Im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sind die „Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.“⁶ Es soll also ökolo-

gischer produziert werden und umverteilt werden. Die Autoren schreiben: „Deshalb wird eine Umweltpolitik, die nicht gleichzeitig auch Sozialpolitik ist, keinen Erfolg haben“. Wenn durch die Bepreisung von Umweltgütern die „soziale Ungleichheit nicht weiter aufreißen soll, werden eine neue Arbeits- und Teilhabepolitik sowie Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen dringlich.“⁷ Neben einer Orientierung auf Arbeitsmarktintegration und Teilhabe wird hier im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum die Verteilungsfrage gestellt, weil die Autoren offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Ökologie haben: „Die Wachstumsorientierung steht in starker Spannung zur Nachhaltigkeit. Zwar kann der ökologische Umbau der Industriegesellschaft einen Wachstumsschub auslösen. Aber der notwendige Rückbau des fossilen Ressourcenverbrauchs um 80 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2050 wird sich kaum mit einer Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts – was einer geringen jährlichen Wachstumsrate von 1,5 % entspräche – vereinbaren lassen. Zukunftsfähigkeit erfordert deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.“⁸ Anders als im Green New Deal mit Wachstum (GND+W) und im Sozialen Green New Deal mit Wachstum (SGND+W) gehen die Wuppertaler Autoren davon aus, dass sich Ressourcenverbrauch und Wachstum nicht dauerhaft entkoppeln lassen und daraus die Forderung nach Umverteilung resultiert. Es ist also ein Sozialer Green New Deal ohne Wachstum (SGND-W).

2 Green New Deal ohne Wachstum? Nicht im Kapitalismus...

Im folgenden möchte ich, ausgehend von der hier nicht weiter ausdiskutierten Prämisse, dass dauerhaftes Wachstum, auch sogenanntes „qualitatives Wachstum“ mit hohem Dienstleistungsanteil, ökologisch nicht tragfähig ist, die Chancen eines Sozialen Green New Deals ohne Wachstum (SGND-W) diskutieren.⁹

Elmar Altvater und andere halten einen „ökologischen Keynesianismus“ bzw. einen Green New Deal im Rahmen des Kapitalismus für nicht machbar, weil dieser immer eine „Überschussproduktion“ erfordert.¹⁰ Auch

3 Krämer, Ralf 08: Zehn Kernpunkte für einen ökonomischen Richtungswechsel, für einen sozial-ökologischen New Deal http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/programmkommission/

4 Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE 09.

5 Krämer, Ralf 08.

6 BUND, EED (Hg.) 08: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607.

7 ebd.: S. 609.

8 BUND, EED (Hg.) 08: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke. S. 25.

9 Zur Widerlegung der Dematerialisierungsthese bzw. der These der Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum, auch unter Berücksichtigung eines Wandels zur Dienstleistungsökonomie, verweise ich auf PAECH, NIKO 2005: Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Marburg.

Green Investment erfordere diese Überschussproduktion, da Renditen erzielt werden müssen bzw. Zinsen an Kreditgeber fällig werden: „Ohne Wachstum ist dies ausgeschlossen und daher bleibt der grüne Kapitalismus, wie der schwarze fossile Kapitalismus auch, auf Wachstum angewiesen.“ Wenn Wachstum ausbleibe, sei dies Ausdruck einer Krise mit allen ihren Erscheinungen wie Pleiten, Verlust von Arbeitsplätzen, Prekarisierung etc. Ein ökologischer Keynesianismus sei daher nur dann ein seriöses Konzept, wenn er die „kapitalistische Form der Überschussproduktion in Frage stellt.“ Zudem führe ein grüner Markt, eine Bepreisung von Umweltverbräuchen nur zu neuen schädlichen Produktionen und Scheinlösungen, etwa der von Agro-Kraftstoffen. Die grüne Marktstrategie der „Verwandlung von ökologischen Bedrohungen in ökonomische Chancen“ lehnt Altvater entsprechend ab. Dem stellt er eine „positive Vision“ eines ökologischen Keynesianismus entgegen: Wenn eben grüne Investitionen nicht genügend Profit brächten, müsse die öffentliche Hand sie durchführen. Dies würde eine Wiederaneignung öffentlicher Räume bedeuten, so dass soziale Demokratie sich weiterentwickeln könnte. Maßgeblicher Träger wären die sozialen Bewegungen. Dies könnte als eine vierte Version des Green New Deal bezeichnet werden: Über grüne Investitionen wird im öffentlichen Raum und in transparenter Demokratie entschieden. Es wäre also eine Art basisdemokratische Planwirtschaft, die eine Postwachstumsökonomie ermöglicht.

Vergesellschaftung jenseits des Marktes?

Ähnlich argumentieren auch Müller/Passadikis in ihren „20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus“¹⁰: Jede marktgetriebene Wirtschaftsordnung bringe einen „Kollisionskurs mit der Biosphäre“. Auch sie setzen auf die alleinige Lösungskompetenz von sozialen Bewegungen: „Tatsächliche Lösungen für die Klimakrise werden nicht von Regierungen oder Konzernen entwickelt werden. Sie können nur von unten kommen, von weltweit vernetzten sozialen Bewegungen für Klimagerechtigkeit“.

Die Frage, die sich bei einem Setzen auf Vergesellschaftung der Produktion jenseits von Marktmechanismen stellt, ist die nach den Grenzen der Partizipation und des Diskurses. Diskurs bzw. Partizipation bedeutet, eine regelungsbedürftige Materie möglichst herrschaftsfrei mit allen auszudiskutieren, bis alle mit einer Lösung einverstanden sind. Unter den Bedingungen einer Vergesellschaftung, die über lokale Gemeinschaften hinausgeht,

sind dieser Maxime jedoch praktische, auch emanzipative Grenzen gezogen. Eine komplette Planung des Wirtschaftens ist nicht möglich. Nicht jedes Produkt und jedes Produktionsverfahren kann von seinen Produzenten und allen potentiell von der Produktion Betroffenen ausdiskutiert werden. Hier sollten historische Erfahrungen des Realsozialismus ernst genommen werden, der nicht nur am Autoritarismus gescheitert ist. Demokratisierung der Wirtschaft kann nicht ein permanenter basisdemokratischer Versammlungsdiskurs sein. Dazu sind die zu regelnden Dinge zu komplex und die Kulturen auch zu verschieden. Die Gegenstände des Diskurses mit Aussicht auf Konsens werden in modernen, kulturell fragmentierten Gesellschaften notwendigerweise abstrakter. Hier ist ein Blick in die dunkelblauen Bände (Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns) durchaus hilfreich.

3 Green New Deal ohne Wachstum? Regulation nach dem Leitbild der „Alternative“

Nach Altvater u.a. führt Markt immer zu Wachstum, kann also nicht Bestandteil eines seriösen Green New Deal sein. Der französische Regulationstheoretiker Alain Lipietz vertritt hingegen ausdrücklich, dass auch eine andere, eine ökologische Regulationsweise des Kapitalismus denkbar sei, eine „große Transformation des 21. Jahrhunderts“. Lipietz nennt diese Regulationsweise die „Alternative“. Theoretischer Hintergrund ist der Regulationsansatz. Spielräume für eine Veränderung ergeben sich danach grundsätzlich aus der Nicht-Determination der Regulation kapitalistischer Gesellschaften. Aus deren Akkumulationsnotwendigkeit heraus ist nicht eine bestimmte Gesellschaftsstruktur, keine bestimmte Regulationsweise vorherbestimmt. Ein bekannte Regulationsweise war der Fordismus mit seiner keynesianischen Steuerung der Wirtschaft, dem Wohlfahrtsstaat sowie der Orientierung auf technischen, sozialen und staatlich organisierten Fortschritt.

Nach Lipietz konkurrieren im Postfordismus zwei Leitbilder um eine neue Regulationsweise. Der „liberale Produktivismus“ bzw. „Modernismus“ orientiert sich am Vorrang einer Regulation durch ökonomische Konkurrenz, die durch Produktivitätssteigerung gerechtfertigt wird, und lässt dafür eine Fragmentierung der Gesellschaft zu. Der liberale Produktivismus fördert Innovation, ist aber in seinen Auswirkungen auf die natürliche Umwelt aufgrund der prinzipiellen Richtungslosigkeit dieser Innovationen unvorhersehbar. Er steht damit faktisch gegen eine ökologische Transformation. Das Leitbild der „Alternative“ hingegen soll die Kritik am Fordismus in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation führen. Zur Alternative gehören wesentlich die

10 Altvater, Elmar 08: Ein „Ökologischer Keynesianismus“ – Idee und kein Projekt.
http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/programmkommission/

11 Müller, Tadzio/ Passadikis, Alexis 2008: 20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus.
<http://climateactioncafe.wordpress.com/2008/12/05/20-theses-against-green-capitalism>

Elemente Basisdemokratie, Anti-Konsumismus, Öko-Technologie, Gewinnaufteilung, Arbeitszeitverkürzung, ein starker Non-Profit-Sektor, die Sicherung des Wohlfahrtsstaates sowie eine Aufwertung des Lokalen und der Gemeinschaft.¹² Diese Elemente finden sich sämtlich auch beim Konzept des Wuppertal-Instituts, dem Sozialen Green New Deal ohne Wachstum (SGND-W). Auch das Konzept von Lipietz impliziert eine Regulation ohne Wachstum – zwingende Folge des Anti-Konsumismus.

Wie sieht der Deal im Leitbild der „Alternative“ aus? Erstens gibt es eine neue Balance zwischen Einzelnem und der Gesellschaft. Sowohl die Autonomie der Individuen als auch die Solidarität zwischen Individuen und zwischen Gruppen kommt zur Geltung. Solidarität wird dabei von unten und von oben gedacht, eine stabile Sozialstruktur entsteht durch die Aufwertung von Gemeinschaften und Basisdemokratie sowie durch die Sicherung des Sozialstaats. Das Gesellschaftsprojekt der Alternative, als dessen Ausdruck und Motor die neuen sozialen Bewegungen identifiziert werden, bezeichnet Lipietz als „nicht hierarchischer Organismus“. Mit der Eigenschaft des „Nicht-hierarchischen“ grenzt sich die „Alternative“ vom hierarchisch strukturierten Fordismus ab, in dem Solidarität nicht von unten wuchs, sondern über Einbindungen in Großorganisationen verordnet wurde. „Organismus“ weist darauf hin, dass im Unterschied zum Neoliberalismus, der keine Gesellschaft kennt, sich die „Alternative“ auf ein gesellschaftliches Ganzes bezieht: Ihre Teile werden als deren nützliche Organe betrachtet. Zweitens sucht Lipietz die Verbindung von unten und oben bei der ökologischen Regulierung der Produktion. Sie kann lokal oder global erfolgen, je nach Aufgabe: „Es gibt also ein angebbares Niveau von Umweltverschmutzung, das für die menschliche Gattung akzeptabel ist. Darüber, was das konkret beinhaltet, muss jeweils auf lokaler Ebene, innerhalb eines lokalen Kollektivs bzw. einer lokalen Gemeinschaft, oder auf globaler Ebene, wie im Fall des Treibhauseffekts entschieden werden.“¹³ Lipietz geht offensichtlich davon aus, dass sich die auf der lokalen und regionalen Ebene gefundenen Lösungen in die gesamtgesellschaftlichen Ziele einpassen. Neben der Aufwertung des Lokalen ist ein Element der möglichen „großen Transformation des 21. Jahrhunderts“ die überregionale Regulierung des Weltmarkts. Dazu gehören laut Lipietz Importbeschränkungen, Lohnnormen, ökonomische und ordnungspolitische Instrumente zur Senkung des Ressourcenverbrauchs und auch globales Ressourcenmanagement (maximal 600 kg CO₂ pro Kopf und Jahr) nach dem egalitären Konzept des gleichen Umweltraums für jeden Erdbewohner.

12 Lipietz, Alain 91: Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189, Hamburg.

13 Lipietz, Alain 00 (99): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf einer politischen Ökologie. Münster. S. 68.

Die ökologische Regulierung der Produktion stellt sich Lipietz durch ordnungspolitische Maßnahmen sowie durch ökonomische Instrumente zur Steuerung des Konsumentenverhaltens vor, etwa Ökosteuern. Beide Säulen haben nach Lipietz eine umverteilende Komponente. Ordnungspolitik, also Ge- und Verbote der Nutzung bestimmter ökologisch problematischer Güter betreffen alle Schichten gleichmäßig und nivellieren so Einkommensunterschiede. Steuern auf umweltschädliche Produkte bewirkten zwar zunächst eine asymmetrische Betroffenheit bei Armen und Reichen, da letztere sich die Produkte weiterhin leisten könnten. Die ärmsten Schichten könnten sich aber ressourcenintensive Konsumtionen wie etwa eine Flugreise ohnehin nicht leisten, würden aber durch die Verbesserung der Umweltqualität einen Nutzen haben. Die mittleren Schichten seine die „kurzfristigen“ Verlierer. Sie müssten an ihren fordistischen Konsumidealen Abstriche machen, die sie aber vollständig ohnehin nicht erreichen könnten. Zur Kompensation sollte mit den Einnahmen der Ökosteuer der Zugang zu weniger stark verschmutzenden Techniken gefördert werden. Genau darin bestehe die umverteilende Komponente von Ökosteuern.¹⁴

4 Ein neues Akkumulationsregime ohne Ressourcenübernutzung?

In wie weit diese Transformation mit Wachstum verbunden ist, lässt Lipietz offen. Nach dem Regulationsansatz ist für eine stabile Entwicklungsweise des Kapitalismus ein Akkumulationsregime notwendig. Es sichert über einen längeren Zeitraum ein stabiles Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion, auch wenn beide einer ständigen Veränderung unterworfen sind. Lipietz definiert ein Akkumulationsregime als den „Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen zwei Transformationen herstellt: einerseits der Transformation von Produktionsverhältnissen (Volumen des eingesetzten Kapitals, Aufteilung zwischen den Branchen und Produktionsnormen) und andererseits der Transformation von Verhältnissen der tatsächlichen Konsumtion (Konsumtionsnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben etc).“¹⁵

14 Noch größer wäre die Umverteilungswirkung, wenn die Einnahmen im Rahmen einer Öko-Bonus-Regelung paritätisch an jeden „Besitzer“ der Umwelt, an jeden Erdenbürger rückverteilt werden. Vgl. Schachtschneider, Ulrich: „Wie grün muss die Linke sein? Grün muss links sein!“ rls-Standpunkte 7/07.

15 Lipietz, Alain 98(85): Das Nationale und das Regionale. In: Lipietz, Alain 98: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg.

In vergangenen Perioden des Kapitalismus ist ein Akkumulationsregime immer auch ein Wachstumsregime gewesen. Der Kuchen wurde größer, es wurde mehr Kapital eingesetzt und mehr Profit gemacht. Im Fordismus wurde gleichzeitig auch mehr konsumiert. Dies machte diese Phase so relativ stabil, da Verteilungsfragen am besten umgangen werden konnten. Für alle konnten die Stücke größer werden, wenn auch auf Kosten der Ökonomien des Trikonts und auf Basis einer nicht nachhaltigen, rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Die Gretchenfrage ist nun, was bei einer Regulation mit weniger Konsum, wie sie sich Lipietz bzw. die Wuppertaler Autoren vorstellen, mit der Kapitalakkumulation passiert. Wo weniger konsumiert wird, schmälert sich der Profit und wird weniger akkumuliert werden. Es sei denn, die Profitrate steigt stärker an, um diesen Effekt zu kompensieren. Genau dies müsste in einem Green New Deal verhindert werden, wenn es ein grüner und ein sozialer Deal sein soll. Im Gegenteil, die Profite müssen sinken. Mit einer Ausweitung des öffentlichen Raums, mit einer Stärkung des Non-Profit-Sektors, mit einem Wandel von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft, mit einer Steigerung sozialer Sicherheit kann dazu beigetragen werden.

Soziale Sicherung, etwa in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens oder ähnlicher individueller Sicherheiten gegen die Zumutungen des Marktes, hat dabei die entscheidende Rolle für eine Zurtückdrängung des Profits. Allerdings wird der Markt dadurch nicht aufgelöst, sondern eingegrenzt und damit in seiner Herrschaftsförmigkeit reduziert: Die Alternativen für jeden einzelnen werden größer. Die Verhandlungsposition der Nicht-Besitzenden, etwa auf dem Arbeitsmarkt, wird stärker. Der ökonomische Anreiz für eine Tätigkeit wird für viele unattraktiver. Das, was viele als Gegenargument anführen, ist in Wirklichkeit ein ökologisches Plus: Nur wenn einem wirklich etwas wichtig ist, wird man dafür eine ökonomische Aktivität entwickeln, ob bezahlt im Rahmen von Erwerbsarbeit oder unbezahlt im Rahmen von Eigen- oder Bürgerarbeit. Dem generell problematischen Verhältnis von ökonomischer Betätigung und ökologischen Grenzen tut das gut. Wie viele Produktionen mit hohem Umweltverbrauch und mit problematischer sozialer Wirkung werden heute nur deshalb getätigt, um elementarer ökonomischer Not zu entgehen? Wie oft wird Kreativität eingesetzt für Produkte und Angebote, deren Emanzipationsgewinn für die Menschen mindestens zweifelhaft ist?

Damit ist allerdings nicht beantwortet, ob diese Eingrenzung von Profit, die ja eine Eingrenzung der kapitalistischen Zone in der Gesellschaft wäre, dauerhaft stabil ist.

Wer kann mit welcher Begründung sagen, dass ein eingegrenzter Markt nicht funktioniert? Wir können es nur ausprobieren. Wir sollten also einen Green New Deal nicht per se ablehnen. Es kommt auf seinen sozialen Gehalt an, und damit auf den eigentlichen Deal. Dann trägt er eine Dynamik in sich, die in eine soziale und emanzipative Richtung geht. Ob das dann noch Kapitalismus ist? Das lassen wir unsere Enkel definieren.

Publikationen zum Thema:

- LUXEMBURG, Heft 1/09: Debatte Green New Deal – Wolfgang Sachs, Basis wechseln. Für eine lebendige Marktwirtschaft; Stephan Kaufmann und Tadzio Müller, Wider den Wachstumswahn. Für Klimagerechtigkeit; Frieder Otto Wolf, Den Green New Deal instandbesetzen! Für eine sozial-ökologische Transformation. Außerdem: Nicola Bullard, Gut leben. Abschied von der ‚Mach-Ökonomie‘.
- Judith Dellheim und Frieder Otto Wolf, Die Green New Deals – Positionen von links, RLS-Standpunkte 11/2009
- Stefan Kaufmann u. Tadzio Müller, Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Reihe einundzwanzig der RLS, hgg. von Dieter Klein; Dietz, Berlin 2009 [im Erscheinen]
- Neustart des Rates für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS am 14.05.09: Green New Deal – Lösung der Ökokrise oder nur ein grüner Kapitalismus? Ralf Fücks und Elmar Altwater im Streitgespräch, Videodokumentation unter: www.rosalux.de/cms/index.php?id=18820
- Mario Candeias, »This party is so over...« – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: ders. u. Rainer Rilling (Hg.), Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Reihe Texte der RLS, Dietz, Berlin 2009, 10-37
- Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG), Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke, Reihe kontrovers 1/2009, www.rosalux.de/cms/index.php?id=18514
- Michael Brie, Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«!, RLS-Standpunkte 8/2009
- Analyse & Kritik, Die Linke und die sozial-ökologische Frage, mit Texten von Olaf Bernau, Anna Blume, Ulrich Brand, Bernd Brons, Tadzio Müller, Alexis Passadakis u. v. m., Sonderbeilage in Kooperation mit der RLS, Sommer 2009.
- Wasilis von Rauch, Kampf ums »blaue Gold« in der Türkei. Wasserpoltik zwischen neoliberaler Ökonomie und staatlichen Machtinteressen, RLS-Standpunkte 10/2009

Ulrich Schachtschneider, Dipl.-Ing. Dr. rer.pol., Energieberater, freier Autor, Bildungsarbeiter u.v.m., Oldenburg. Referent im Attac-Netzwerk, Mitglied des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Ulrich.Schachtschneider@gmx.de

In der Reihe »Standpunkte« erschienen:

15/2009 – Jochen Weichold, Horst Dietzel: **Bundestagswahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich**

14/2009 – Peter Förster: **»Unrechtsstaat! Diktatur!! lebenslanger Knast!!!« Was die in der DDR aufgewachsenen Mittdreissiger zu solchen Sprüchen meinen**

13/2009 – Rainer Rilling: **Yes, we can? Aussichten der liberalen Obama-Administration**

12/2009 – Ulrich Busch, Klaus Steinitz: **Ostdeutschland im 20. Jahr der Einheit Probleme und Entwicklungstendenzen**

11/2009 – Judith Dellheim, Frieder Otto Wolf: **Die Green New Deals – Positionen von links**

10/2009 – Wasilis von Rauch: **Kampf ums »blaue Gold« in der Türkei: Wasserpolitik zwischen neoliberaler Ökonomie und staatlichen Machtinteressen**

9/2009 – Karl Vosskuhler: **Bedarfsorientierung oder bedingungs- loses Grundeinkommen?**

8/2009 – Michael Brie: **Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«!**

7/2009 – Jürgen Klute: **Die Evangelische Kirche und die Debatte um den Mindestlohn**

6/2009 – Horst Dietzel, Jochen Weichold: **Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich**

5/2009 – Wolfgang Nesković: **Der Idiotie des realen Monopoly die soziale Utopie entgegensetzen!**

4/2009 – Walden Bello: **Unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus**

3/2009 – Bernard Schmid: **Rechtsextreme proben wieder. Eintritt ins Europäische Parlament – mit veränderter Taktik**

2/2009 – Elke Breitenbach, Katina Schubert: **Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – zwischen Markt und Staat**

1/2009 – Thomas Lohmeier: **Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenführung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung**

In der Reihe »Standpunkte International«:

(nur auf unserer website)

17/2009 – Angelika Timm: **Unterm Regenbogen in Tel Aviv – Für unsere Nachbarn Liz und Nir**

16/2009 – Angelika Timm: **Die Regierung Netanjahu/Lieberman. Bilanz der ersten 100 Tage**

15/2009 – Peter Schäfer: **»Redet mit der Hamas!«**

14/2009 – Markus Plate: **Guatemala: »Failed State« oder funktionierendes Herrschaftssystem?**

13/2009 – Gerd-Rüdiger Stephan: **Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen in Südafrika**

12/2009 – Nils Brock: **Mexiko: No Man's Land für Menschenrechte**

11/2009 – Karin Gabbert: **Im Schatten des Präsidenten: Ecuador vor den Wahlen**

10/2009 – Angelika Timm: **Regierungsbildung in Israel: Bibi Netanjahus zweites »Kabinett der Falken«**

9/2009 – Torge Löding: **Guten Morgen, Zentralamerika! Der historische Wahlsieg der FMLN in El Salvador wird in der Region gefeiert**

8/2009 – Angela Isphording: **Wende in El Salvador?**

7/2009 – Gerd-Rüdiger Stephan: **Südafrika 2009 zwei Monate vor den Wahlen**

6/2009 – Angelika Timm: **Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven**

5/2009 – Kathrin Buhl: **Gemischte Bilanz des Weltsozialforums**

4/2009 – Gerold Schmidt: **El Salvador: FMLN nach langem Marsch endlich an die Macht?**

3/2009 – Angelika Timm: **Wo ist die israelische Linke? Eine inner-israelische Momentaufnahme**

2/2009 – Peter Schäfer: **Blutige Nachrichten aus Gaza**

1/2009 – Peter Schäfer: **Gaza: Waffenstillstand reicht nicht**

Alle Beiträge sind zu finden unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen>